

Lkw-Rückstau braucht Lösung

Das Verkehrschaos in Feldkirch-Tisis sorgt bei Stadttunnel-Prozess für Diskussionen.

FELDKIRCH Das Bild auf der Liechtensteiner Straße in Feldkirch Richtung Grenzübergang Tisis-Schaanwald ist jeden Werktagmorgen dasselbe. Lkw stauen sich und blockieren die Fahrspur. Pendler weichen mit ihren Autos auf die Gegenfahrbahn aus, um voranzukommen. An Schultagen huschen zwischendurch Kinder über die Straße, um zur Bushaltestelle zu kommen: brenzlige Situationen sind vorprogrammiert. Die Anrainer beklagen sich seit Jahren. Dennoch hat sich wenig geändert.

Diese Problematik wurde auch bei der Verhandlung zum Feldkircher Stadttunnel am Bundesverwaltungsgericht thematisiert. Denn er könnte unangenehme Folgen haben. So erklärte etwa der Sachverständige Karl Schönhuber, dass der Lkw-Rückstau seit 2012 angestiegen sei. Und dieser könnte sich in das geplante Tunnelbauwerk fortsetzen. Dann müsste der Tunnel elastisch gesperrt werden, um die Verkehrssicherheit im Tunnel zu gewährleisten. In Folge würde der Lkw-Verkehr wieder über die bisherige Route, sprich die Bärenkreuzung und Innenstadt, geführt werden. Ein Punkt, bei dem Richterin Maria Rufegger-Reisenberger nachhakte. Sie interessierte sich für Maßnahmen, die getroffen werden, um den Rückstau zu minimieren. Dem Vernehmen nach könnte es nämlich zu einem sektoralen Lkw-Fahrverbot in der Innenstadt kommen, das nicht ausgehebelt werden soll.

Eine Lösung für den Lkw-Rückstau wird in Feldkirch und im Land schon länger gesucht. „Es hat nichts mit dem Tunnel zu tun“, er-



Vor dem Grenzübergang Tisis-Schaanwald stauen sich Lkw. Sie blockieren die Straße. „Das stört massiv“, sagt Rüdisser.

klärt Landesstatthalter Karlheinz Rüdisser, „aber es stört massiv“. Das Problem beschreibt er so: Lkw

würden erst ab 7:30 Uhr abgefertigt, da auf der Liechtensteiner Seite ein Lkw-Nachfahrverbot besteht. Hier

verhandelt man schon lange und laufend mit dem Fürstentum. Das Land Vorarlberg möchte, dass die Abfertigung bereits um 6:30 Uhr beginnt, um den Verkehr zeitlich besser aufteilen zu können; vor allem aber um dem Schülerverkehr auszuweichen. In Liechtenstein ist das Thema Nachfahrverbot aber hochpolitisch: 2016 hatte die Regierung in Vaduz eine Änderung angedacht, war aber am Widerstand der Gemeinden gescheitert. Vor den Gemeindevahlen im März wird sich auch nichts tun. Danach könnte es ein Pilotprojekt geben, meint Rüdisser. Weitere Maßnahmen seien bereits in Arbeit; Leerfahrten sollen minimiert werden, außerdem würden Gespräche mit großen Speditionen geführt.

Keine weiteren Daten für die Tunnelgegner

WIEN Es war das letzte Mal, dass Tunnelgegner und -befürworter einander vor dem Bundesverwaltungsgericht gegenübergetreten sind. „Für mich ist alles gesagt“, erklärte Richterin Maria Rufegger-Reisenberger am Dienstag. Wieder standen die Begleitmaßnahmen rund um den geplanten Feldkircher Stadttunnel im Mittelpunkt. So sollen etwa 30er-Zonen, eine Verringerung der Fahrbahnstreifen oder kürzere Grünzeiten größeres Verkehrsaufkommen rund um den Tunnel verhindern. Den Antrag der

Gegner, weitere Daten zur Wirkung der Maßnahmen herauszugeben, lehnte die Richterin ab. Zuvor erklärte der Sachverständige Karl Schönhuber sowie die Projektwerber-Seite, dass aus Informationen, die zusätzlich zu den Quell-Ziel-Matrizen zur Verfügung gestellt werden, keine neuen Erkenntnisse brächten. Die Verhandlung ist geschlossen, die Entscheidung ergeht schriftlich. Sobald ein rechtskräftiger Baubescheid vorliege, werde mit Vorbereitungsarbeiten begonnen, heißt es von Landesseite.

GERNOT SCHWEIGKOFER
gernot.schweigkoffer@vn.at
BIRGIT ENTNER-GERHOLD
birgit.entner-gerhold@vn.at